

Die Gesellschaften der Europäischen Union im Vergleich (1)

Stefan Hradil



Stefan Hradil

Inhaltsübersicht

1. Modernisierungstheorie als „Messlatte“ des Sozialstrukturvergleichs

2. Bevölkerung

2.1 Grundbegriffe und die idealtypische Modernisierung

2.2 Geburten

2.3 Sterblichkeit

2.4 Außenwanderungen

2.5 Probleme demografischen Wandels

3. Familien, Haushalte, Lebensphasen

3.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung

3.2 Haushaltsgrößen

3.3 Ehe und Familie

3.4 Allein Erziehende

3.5 Nichteheleiche Lebensgemeinschaften

3.6 Singles und allein Lebende

Die folgenden Abschnitte erscheinen in Heft 3-08

4. Bildung

4.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung

4.2 Bildungsexpansion

4.3 Geschlechtsspezifische Bildungschancen

4.4 Schichtspezifische Bildungschancen

4.5 Bildungschancen von Migrantenkindern

5. Erwerbstätigkeit

5.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung

5.2 Die Beteiligung am Erwerbsleben

5.3 Die sektorale Entwicklung

5.4 Wirtschaftsleistung und Wohlstandsniveau

6. *Wohlstandsniveau und soziale Ungleichheit*

6.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung

6.2 Einkommensverteilung

6.3 Armut

7. *Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat*

7.1 Begriffe und idealtypische Modernisierung

7.2 Das Ausmaß der Sozialleistungen

7.3 Die Struktur der Sicherungsleistungen

7.4 Angleichung

8. *Fazit*

Zusammenfassung

Spätestens seit ihrer Erweiterung auf 27 Mitgliedsstaaten umfasst die Europäische Union sehr unterschiedliche Gesellschaften, die auch deutliche Entwicklungsabstände aufweisen. Diese Unterschiede und Abstände sind wesentlich größer als in der „alten“ EU der 15 Mitgliedsstaaten. Zum Verständnis des aktuellen Geschehens in EU-Ländern ist es daher unerlässlich, die jeweiligen gesellschaftlichen Hintergründe und die Eigenarten der betreffenden Länder zu berücksichtigen. Im folgenden Beitrag wird versucht, hierzu nötige Informationen zusammen zu stellen. Sie konzentrieren sich auf die Sozialstruktur der einzelnen Länder. Mit Hilfe eines groben modernisierungstheoretischen Rasters sollen die nationalen Eigenheiten vergleichbar eingeordnet werden.¹

1. Modernisierungstheorie als „Messlatte“ des Sozialstrukturvergleichs

Vergleiche bedürfen eines Bezugsrahmens. Erst recht benötigt man eine solche Messlatte, wenn Vergleiche zwischen Sozialstrukturen unterschiedlicher Länder in ihrer jeweiligen Entwicklung vorgenommen werden sollen. Denn hier kommt zum synchronen noch der diachrone Vergleich hinzu.

Die funktionalistischen Modernisierungstheorien der 1950er und 1960er Jahre behaupten, dass alle Länder der Welt die gleiche Entwicklung hin zu Fortschritt und Modernität durchlaufen (werden). Diese Vernachlässigung kultureller Unterschiede und negativer Entwicklungen hat viel dazu beigetragen, dass diese Theorien seither in der wissenschaftlichen Diskussion viel kritisiert und durch Theorien unterschiedlicher Modernisierung ersetzt wurden. Gerade ihre Pauschalisierung macht die Modernisierungstheorien der Nachkriegszeit aber als gedanklichen Vergleichsrahmen geeignet: Im Folgenden soll daher *modellhaft* angenommen werden, dass sich alle Gesellschaften der EU und ihre Sozialstrukturen schneller oder langsamer in jene Richtung entwickeln, die die genannten Modernisierungstheorien als „Modernisierung“ kennzeichnen. Somit können Vorläufer und Nachzügler, theoriekonforme und davon abweichende Entwicklungspfade identifiziert werden.

Die
funktionalistischen
Modernisierungstheorien der 1950er
und 1960er Jahre

Damit ist keineswegs unterstellt, dass diese Modernisierungstheorien zutreffen. Es wird sich vielmehr zeigen, dass sie in vieler Hinsicht nicht stimmen. Sie stellen vielmehr eine *heuristische* Modellvorstellung bereit, vor deren Hintergrund Vergleiche möglich sind.

heuristische
Modellvorstellung
von Gesellschaften

Funktionalistische Modernisierungstheorien erklären die Durchsetzung der Modernisierung aus der höheren Effizienz modernerer Gesellschaften bzw. Gesellschaftsteile. Sie setzen sich in der Konkurrenz innerhalb und zwischen Gesellschaften durch, verdrängen die weniger modernen oder zwingen sie zur Anpassung (Zapf 1996: 74).

Gesellschaftliche Modernisierung zeichnet sich aus der Sicht der optimistischen Modernisierungstheoretiker der Nachkriegszeit aus durch folgende Prozesse:

- Gesellschaftliche Gebilde und Verhaltensweisen der Menschen wurden immer unterschiedlicher und immer spezifischer auf die Erfüllung jeweils bestimmter Aufgaben zugeschnitten (funktionale Differenzierung, Spezialisierung).
- Dabei wird die gegenseitige Abhängigkeit der Einheiten immer enger (Integration). Es vollzieht sich eine Entwicklung, die schon Herbert Spencer als Bewegung weg von der „unverbundenen Gleichartigkeit“ hin zur „verbundenen Ungleichartigkeit“ kennzeichnete (Spencer 1877: § 223).
- Die Problemlösungs- und Anpassungsfähigkeit von Gesellschaften und ihrer Mitglieder steigt, weil gesellschaftliche Gestaltung und menschliches Denken und Handeln immer mehr nach zweckrationalen Erwägungen und immer weniger nach Traditionen ausgerichtet sind.
- Vor dem Hintergrund von funktionaler Differenzierung, Spezialisierung und Rationalisierung pluralisieren sich überkommene Kulturen. Die Freiräume für unterschiedliche Werte, Normen, Kulturen, Lebensstile wachsen. Auf der anderen Seite erlangen grundlegende Wertvorstellungen und Normen universelle Gültigkeit (z.B. bezüglich demokratischer, gewaltfreier Spielregeln).

Diese generellen Tendenzen haben aus der Sicht der zugrunde gelegten Modernisierungstheorien umfassende Auswirkungen: Es bilden sich separate Wirtschafts-, Bildungs- und politische Systeme sowie Systeme sozialer Sicherheit aus. Es entstehen u.a. die Institutionen und Organisationen der Nationalstaaten, Rechtsordnungen, Konkurrenzdemokratien, Bürokratien und Marktwirtschaften, des Massenkonsums, der durch Leistung legitimierten sozialen Schichtungen, der Schulen und Sicherungseinrichtungen. Moderne Menschen denken und handeln anders als vormoderne: Sie sind geistig, regional und sozial mobiler, leistungsmotivierter und aufstiegsorientierter, individuell autonomer, haben mehr unterschiedlichere und anonymere Kontakte, sind zukunftsorientierter, planender, streben nach Effektivität und effizientem Umgang mit Zeit (d.h. sie „haben“ weniger Zeit), sie halten ihre Umwelt, ihre Mitwelt und sich selbst für steuerbar.

Aus der Sicht der herkömmlichen optimistischen Modernisierungstheorien verändern sich auch die Sozialstrukturen von Gesellschaften. Modellhaft vollzieht sich die nachfolgend dargestellte Entwicklung von einer vormodernen Agrargesellschaft über eine moderne Industriegesellschaft hin zu einer modernen, postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft. Die folgenden Abschnitte

Modellhaft vollzieht sich die nachfolgend dargestellte Entwicklung von einer vormodernen Agrargesellschaft über eine moderne Industriegesellschaft hin zu einer modernen, postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft

werden zeigen, inwieweit sich diese theoretisch behaupteten Veränderungen in den einzelnen Ländern der EU tatsächlich ergeben haben.

Die idealtypische Sozialstrukturmodernisierung

	<i>Vormoderne Agrargesellschaft</i>	<i>Moderne Industriegesellschaft</i>	<i>Moderne postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft</i>
<i>Bevölkerung</i>	Heiratsbeschränkungen, viele Geburten in Ehen, hohe Sterblichkeit, geringe und unstete Bevölkerungsvermehrung	wenige Geburten, längere Lebenserwartung, sporadische Außenwanderungen, geringe Bevölkerungsvermehrung	Geburtendefizit, Alterung, Bevölkerungsrückgang, systematische Zuwanderung
<i>Haushalte</i>	Das „ganze Haus“ dominiert. Arbeiten und Wohnen am gleichen Ort	Zwei-Generationen-Kernfamilie dominiert. Urbanisierung, Trennung von Arbeiten und Wohnen, Männer erwerbstätig, Frauen im Haushalt	weniger und spätere Heiraten, spätere Geburten, geringere Stabilität von Ehen, mehr Frauenerwerbstätigkeit, Pluralisierung von Lebensformen
<i>Bildung</i>	Grundbildung nur für Teile der Bevölkerung, Bildungschancen formell von Standeszugehörigkeit abhängig	Massenbildung für alle, formale Chancengleichheit zur Erlangung von Bildungsabschlüssen, soziale Stellung immer mehr an Bildungsgrad gebunden	Bildungsexpansion, weiterführende Bildung für viele, systematische Weiterbildung, Ausdifferenzierung des Bildungssystems, mehr faktische Chancengleichheit
<i>Erwerbstätigkeit</i>	Die Landwirtschaft dominiert. Arbeit und Freizeit gehen ineinander über.	Der Landwirtschaftssektor schrumpft. Der Produktionssektor dominiert. Spezialisierung und Maschinenbedienung setzen sich durch. Lohnabhängigkeit dominiert. Trennung von Arbeit und Freizeit, standardisierte Arbeitsverhältnisse in arbeitsteiligen Fabriken	zunehmende Erwerbstätigkeit, vor allem von Frauen; sinkende Arbeitslosigkeit. Landwirtschafts- und Produktionssektor schrumpfen. Der Dienstleistungssektor dominiert, steigende Wirtschaftsleistung und wachsender Wohlstand
<i>Ungleichheit</i>	Die jeweilige „Geburt“ prägt die Stellung der Menschen im Ungleichheitsgefüge. Ständegesellschaft; sozialer Auf- und Abstieg kaum möglich	Erst Besitz, dann Beruf prägen Stellung im Ungleichheitsgefüge. Erst Klassen, dann Schichten entstehen. Mehr Verteilungs- und Chancengleichheit. Die Mittelschicht wächst. Mehr Auf- und Abstiege, weniger Armut	Außerberufliche soziale Ungleichheit gewinnt an Bedeutung. Klassen und Schichten fächern sich auf. Angleichung innerhalb und zwischen Gesellschaften, mehr Chancengleichheit
<i>Soziale Sicherung</i>	Sicherung durch die Familie bzw. durch das „ganze Haus“	Großorganisationen zur sozialen Sicherung gegen Standardrisiken (Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Armut)	Großorganisationen werden zu teuer, lösen neue Sicherungsprobleme nicht. Ein „welfare-mix“ entsteht.

(vgl. Hradil 2006: 30f.)

2. Bevölkerung

2.1 Grundbegriffe und die idealtypische Modernisierung

Als Bevölkerung bezeichnet man alle Menschen, die in einem bestimmten Territorium längerfristig wohnen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Nationalität etc. Als Bevölkerungsstruktur versteht man die Untergliederung einer Bevölkerung nach sozial relevanten Merkmalen wie Alter, Geschlecht und ethnischer Zugehörigkeit.

Bevölkerungsstruktur

Zahl und Struktur einer Bevölkerung verändern sich ausschließlich durch drei Bevölkerungsprozesse: Geburten, Sterbefälle und grenzüberschreitende Wanderungen. Dahinter stehen vielfältige Bestimmungsgründe. So verändern sich z. B. die durchschnittlichen Geburtenzahlen der Menschen durch ihre jeweiligen Werte, Sicherheitsempfindungen und Nutzenkalkulationen. Bleiben in einer Gesellschaft die durchschnittlichen Raten von Geburten, Sterbefällen und grenzüberschreitenden Wanderungen über eine gewisse Zeit stabil, so spricht man von einer Bevölkerungsweise.

Bevölkerungsprozesse

Herkömmliche Modernisierungstheorien unterstellen, dass die Bevölkerungsentwicklung im Laufe des Modernisierungsprozesses im Prinzip in allen Ländern gleich verläuft. Insbesondere werden modellhaft zwei „demografische Übergänge“ unterschieden: der sog. „Erste demografische Übergang“ von der vorindustriellen zur industriegesellschaftlichen Bevölkerungsweise und der „Zweite demografische Übergang“ von der industriegesellschaftlichen zur postindustriellen Bevölkerungsweise.

der erste demografische Übergang

der zweite demografische Übergang

Das Modell der beiden demografischen Übergänge lässt sich wie folgt skizzieren:

In *vorindustriellen Agrargesellschaften* sind Geburten und Sterbefälle im Leben der Menschen sehr häufige Ereignisse. Die hohe Geburtenrate liegt im Allgemeinen etwas über der hohen Sterberate: Die Bevölkerung wächst langsam. Dies ist jedoch mit viel Arbeit und Leid erkauft. Im *Übergang zwischen einer typischen Agrar- und einer Industriegesellschaft* beginnt zunächst die Sterberate zu sinken. Die Lebenserwartung steigt. Da die Geburtenrate einstweilen unverändert hoch ist, nimmt die Bevölkerung rasch zu. Dann sinkt auch die Geburtenrate. Die Bevölkerung wächst immer langsamer. In *Industriegesellschaften* stabilisieren sich die niedrigere Geburten- und die noch etwas niedrigere Sterberate. Diese industriegesellschaftliche Bevölkerungsweise lässt die Bevölkerung langsam wachsen, jedoch mit „sparsameren“ Mitteln als in einer typischen Agrargesellschaft. Im *Übergang zu einer postindustriellen Bevölkerungsweise* sinkt die Geburtenrate ein zweites Mal, diesmal aber dauerhaft unter die Sterberate. Dadurch schrumpft die Bevölkerung.

Im Rahmen der *postindustriellen Bevölkerungsweise* werden Bevölkerungsverluste durch andauernde Zuwanderungen ausgeglichen.

Diese Modellvorstellungen werden nun mit den entsprechenden empirischen Befunden konfrontiert.

2.2 Geburten

Niveau der
Bestandserhaltung

Bis ins 19. Jahrhundert hinein brachten die Frauen in vielen Ländern Europas durchschnittlich etwa sechs Kinder lebend zur Welt. Dann, in den meisten westeuropäischen Ländern war das um die Wende zum 20. Jahrhundert, reduzierten die Menschen ihre Kinderzahlen. Wohlstand und Sozialversicherungen machten Kinder als Arbeitskräfte und Alterssicherung immer weniger notwendig. Zwischen den beiden Weltkriegen war die Geburtenrate in einigen europäischen Ländern schon unter das Niveau der Bestandserhaltung (ca. 2,1 Kinder pro Frau) abgesunken. Nach dem Zweiten Weltkrieg führten nachgeholte Geburten, steigender Wohlstand und das wieder erlangte Sicherheitsgefühl in den meisten Ländern Europas zu einem Anstieg der Geburten („Babyboom“) wieder deutlich über das Bestandserhaltungsniveau. In den 1960er und/oder 1970er Jahren (in Ost-Mittel-Europa erst Ende der 1980er Jahre), als empfängnisverhütende Maßnahmen verfügbar waren („Pillenknick“), sich die Rolle der Frau geändert hatte und in den westlichen Ländern der Wert der Selbstverwirklichung Priorität erlangt hatte, vollzog sich in den meisten Ländern der EU ein zweiter Geburtenrückgang. Die Phase, in der die Bevölkerungen der einzelnen Länder noch aufgrund der Geburten im eigenen Lande wuchsen, war damit beendet. Nur die (noch) günstige Altersstruktur – wegen des „Babybooms“ der Nachkriegszeit waren viele Menschen im Alter der Familienbildung – verhinderte, dass schon in den 1970er bis 1990er Jahren große Geburtendefizite zu verzeichnen waren.

Insgesamt verlief die Geburtenentwicklung in den Ländern der EU also zeitversetzt, aber im Ganzen parallel. Deutschland machte keine Ausnahme. Hier verlief der Geburtenrückgang allenfalls etwas früher und schneller als in den meisten andern EU-Ländern.

Dennoch zeigen sich heute Unterschiede: Auffällig ist, dass in besonders weit entwickelten und wohlhabenden Ländern der EU, in denen die Dienstleistungssektoren groß, viele Frauen erwerbstätig und Kinderbetreuungseinrichtungen weit ausgebaut sind, die Kinderzahlen wieder etwas zugenommen haben und mehr Kinder zur Welt kommen als in weniger entwickelten Ländern. So bekam jede Französin, Finnin, Dänin, Schwedin und Britin 2004 immerhin so viele Kinder, dass die Bevölkerungszahl durch diese Geburten langfristig fast stabil bleiben würde oder durch realistische Zuwanderungsraten stabil gehalten werden könnte. Im Gegensatz dazu fanden sich 2004 die niedrigsten Geburtenziffern der EU in Süd- sowie in Ost-Mitteleuropa, im Baltikum und in Deutschland: Bleibt es dabei, so kommen in diesen Ländern langfristig ein gutes Drittel bis fast die Hälfte weniger Kinder zur Welt, als zur Bestandserhaltung der Bevölkerung in den einzelnen Ländern nötig wäre (Statistisches Bundesamt 2006b: 31).

2.3 Sterblichkeit

Lebenserwartung

In modernen Ländern leben die Menschen zwar nicht länger als in traditionellen Gesellschaften, aber viel mehr Menschen als früher erreichen ein hohes Lebensalter. Die Lebenserwartung der Menschen steigt in allen Ländern der EU. In

zahlreichen Ländern wird derzeit erstmals in der Geschichte der Menschheit eine Generation nahezu geschlossen alt.

In den vorindustriellen Gesellschaften Europas betrug die Lebenserwartung häufig weniger als 40 Jahre. Erst kurz vor dem Zweiten Weltkrieg war sie in Deutschland auf ca. 60 Jahre angestiegen. So viele Jahre etwa erwarten Neugeborene heute in den ärmsten Ländern der Welt. Derzeit können ein neugeborenes Mädchen in der EU mit ca. 82 und ein neugeborener Junge mit etwa 76 Lebensjahren rechnen.

Die Verlängerung der Lebenserwartung vollzog sich, weil zunächst – in den am weitesten entwickelten Ländern war das am Ende des 19. Jahrhunderts – die Säuglingssterblichkeit dramatisch gesunken ist. Verbesserte Lebens-, Ernährungs-, Gesundheits- und Hygienebedingungen sowie medizinische Fortschritte sorgten dafür, dass nicht länger ein Drittel aller Neugeborenen, sondern nur noch vier oder fünf von 1000 im Säuglingsalter starben. Die Lebenserwartung der Menschen stieg weiterhin an, weil – vor allem in der Zeit zwischen den Weltkriegen – die großen Infektionskrankheiten erfolgreich bekämpft wurden. Schließlich verlängerte sich das Leben vieler Menschen – hauptsächlich seit dem Zweiten Weltkrieg – durch bessere Altersversorgungen und die Fortschritte der (teuren) Altersmedizin.

Säuglings-
sterblichkeit

Überdurchschnittlich lange leben die Menschen in den Mittelmeerländern der EU, obgleich dort weder der Lebensstandard noch die Gesundheitssysteme am weitesten entwickelt sind, sowie in Skandinavien. Etwas kürzer ist das Leben der Menschen, vor allem der Männer, in Ost-Mitteuropa und im Baltikum. Im Übrigen leben in der EU, wie in praktisch allen Ländern der Welt, Frauen länger als Männer, obwohl Frauen häufig den härteren Daseinsbedingungen ausgesetzt sind. Dafür mögen auch biologische Gründe sorgen, sicher aber auch ein vorteilhafteres Risiko-, Ernährungs- und Gesundheitsverhalten von Frauen.

2.4 Außenwanderungen

Seit den 1960er Jahren haben besonders die fortschrittlichsten Länder der EU ihre Bevölkerungen durch Zuwanderungen vermehrt. Lange stand Deutschland hierbei mit an vorderster Stelle. In den letzten Jahren verzeichneten jedoch die Mittelmeeranrainerländer Spanien (2004: 610 Tausend netto: d.h. nach Abzug der Auswanderer) und Italien (558 Tausend) bei weitem die meisten Zuwanderer. In deutlichem Abstand danach folgten das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland und Österreich. 2004 sind (netto) deutlich weniger als 100.000 Menschen nach Deutschland zugewandert.

Zuwanderungen

Damit ist für Deutschland vorerst eine Phase zu Ende gegangen, die durch folgende große „Wellen“ von Zuwanderern geprägt war:

- Etwa acht Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene kamen in der unmittelbaren Nachkriegszeit nach Westdeutschland, ca. vier Millionen in die (spätere) DDR.
- Bis zum Mauerbau 1961 flohen mehr als drei Millionen Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik, knapp eine halbe Million wanderten von West- nach Ostdeutschland.

- Nach Abzug der Rückkehrer blieben bis 1987 ca. 3,5 Millionen „Gastarbeiter“ und deren Familienangehörige in Westdeutschland.
- In den Jahren 1960 bis 2004 wanderten mehr als 4,4 Millionen Aussiedler ein.
- Etwa 1,5 Millionen Asylbewerber (Zugänge) sowie
- gut eine Million sonstige Flüchtlinge kamen nach Deutschland.

Angesichts der geringen und nur wenig veränderlichen Geburtenraten sind die Zuwanderungen zur wichtigsten Steuerungsgröße des demografischen Wandels geworden. Die politische Regulierung von Außenwanderungen stellt ein wichtiges Mittel zur Bearbeitung der Probleme dar, die die demografische Entwicklung mit sich bringt.

2.5 Probleme demografischen Wandels

Derzeit kommen – zeitversetzt in den einzelnen Ländern der EU – die geburten-schwachen Jahrgänge in das Alter der Familienbildung. Sofern sich die Geburtenraten nicht dramatisch ändern, und das ist nicht zu erwarten, wird die Zahl der Neugeborenen dramatisch sinken und deutlich geringer sein als die Zahl der Gestorbenen. Denn jede Frau wird wie bisher, gemessen am Bestandserhaltungsniveau, „zu wenige“ Kinder hervorbringen (Verhaltenseffekt). Zusätzlich werden weniger Frauen vorhanden sein, die Kinder bekommen könnten (Altersstruktureffekt). Es wird sich zeigen, inwieweit die kommenden Geburtendefizite durch Zuwanderungen vermindert oder gar ausgeglichen werden können. Das ist politisch gestaltbar.

Die Geburtendefizite werden zwei Folgen haben: Zum einen werden die Be-völkerungen in den einzelnen Ländern und in der EU insgesamt schrumpfen. Zum andern werden die Altersstrukturen unausgewogen werden. Wenige junge Menschen werden vielen Älteren gegenüberstehen. Aller Voraussicht nach wird diese Folgeerscheinung wesentlich problematischer als der Bevölkerungsrück-gang an sich verlaufen.

schrumpfende
Bevölkerung

unausgewogene
Altersstruktur

Unterstellt man, dass in Deutschland auch in Zukunft jede Frau nur ca. 1,4 Kinder zur Welt bringen wird und dass, wie in den vergangenen Jahrzehnten, pro Jahr per saldo 200.000 Zuwanderer zu uns kommen werden, dann wird die Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2050 von 82 Millionen auf 74 Millionen zu-rückgegangen sein (Statistisches Bundesamt 2006b: 15). Bedenkt man die lange Zeitdauer, so wird das ein sehr allmählicher Bevölkerungsrückgang sein. Aller-dings wird er regional sehr unterschiedlich verlaufen. Neben (meist städtischen) Ballungsräumen wird es auch (weitgehend ländliche) Entleerungsgebiete geben.

Die Bevölkerung der EU (der 25) insgesamt wird bis zum Jahr 2050 voraus-sichtlich von 457 auf 445 Millionen Einwohner zurückgehen. Allerdings wer-den Länder wie Luxemburg, Irland, Schweden und Frankreich, die heute relativ hohe Geburtenziffern und zugleich eine recht starke Zuwanderung aufweisen, auch in den nächsten Jahrzehnten nicht schrumpfen, sondern weiter wachsen. Andererseits wird mehr als die Hälfte aller EU-Länder (vor allem Lettland, Est-land, Litauern, Tschechien, die Slowakei, Polen, Ungarn, Deutschland, Italien

und Slowenien) im Jahre 2050 wohl eine kleinere Bevölkerung als heute haben. Selbst bei steigenden Kinderzahlen pro Frau kann in diesen Ländern das Geburtendefizit nicht ausgeglichen werden, weil in den nächsten Jahrzehnten dort nur wenige potenzielle Eltern vorhanden sein werden (Altersstruktureffekt) (Statistisches Bundesamt 2006c: 16). Altersstruktureffekt

Die Alterung wird in Deutschland ab ca. 2025 stark zunehmen und etwa im Jahre 2040 ihren Höhepunkt erreichen. Zu dieser Zeit werden die geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge im Rentenalter und die geburtenschwachen im Familien- und Erwerbsalter sein. Danach werden die Altersproportionen wieder etwas ausgeglichener werden.

Diese Verschiebung der Altersstruktur wird wenigstens vier Probleme erzeugen. In anderen EU-Ländern insbesondere Mittel-Osteuropas werden sie später als hierzulande, aber zum Teil heftiger auftreten: vier Probleme

1. Die Erwerbstätigen werden durchschnittlich älter. Zeitnahe Ausbildung wird zur Mangelware. Erfahrung wird reichlich vorhanden sein.
2. Die Zahl der potenziell Erwerbstätigen sinkt. Ohne Gegenmaßnahmen wird verbreitet Arbeitskräftemangel entstehen. Insbesondere Höherqualifizierte werden fehlen.
3. Die Menschen im erwerbsfähigen Alter werden für immer mehr Ältere aufkommen müssen. Im Jahr 2005 kamen auf 100 EU-Bürger zwischen 15 und 65 Jahren nur 25 Ältere, im Jahr 2050 volle 53. Noch etwas ungünstiger wird sich das Verhältnis in Deutschland gestalten: Schon heute entfallen auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 28 ältere, zu versorgende Menschen, im Jahre 2050 volle 56. Bedenkt man, dass nicht alle Menschen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig und zahlungskräftig sein werden, so wird die stärkere Belastung deutlich (Eurostat 2007: 64). Umlagefinanzierte Sicherungssysteme werden dadurch in Schwierigkeiten geraten.
4. Mit der Alterung steigen insbesondere die Bevölkerungsanteile der Hochaltrigen. Während in Deutschland heute jeder 25. Bürger mindestens 80 Jahre alt ist, wird im Jahre 2050 schon jeder achte Einwohner so alt sein. Damit werden sich nicht nur der Charakter der Gesellschaft insgesamt und manche Konsumstrukturen verändern. Auch die Belastungen durch Gesundheitsversorgung und Pflege werden stark in die Höhe gehen. Hilfs- und Pflegeleistungen innerhalb von Familien werden, u.a. wegen geringer Kinderzahlen und der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen, immer schwieriger werden.

Selbstverständlich wird man Gegenmaßnahmen treffen, um diese demografischen Herausforderungen zu bewältigen. Folgende Maßnahmen sind im Gange oder werden diskutiert:

- Häufigere Erwerbstätigkeit von Frauen und längere Lebensarbeitszeiten sollen den Anteil der Erwerbstätigen und Beitragszahler an den Menschen im erwerbsfähigen Alter erhöhen.
- Zuwanderung von qualifizierten oder qualifizierbaren Arbeitskräften soll den Bevölkerungsanteil von Erwerbstätigen und Beitragszahlern erhöhen.
- Allmähliche Rückführung von Sozialleistungen und späterer Eintritt des Rentenalters sollen die Belastungen der Sozialkassen senken.

- Die Stärkung von gegenseitigen Hilfspotenzialen in Gemeinden, innerhalb von Familien und über Generationengrenzen hinweg soll dem gleichen Zweck dienen und zugleich eine weniger anonyme soziale Sicherung bewirken.
- Auch die Stärkung der Selbstsicherung in finanzieller Hinsicht (kapitalfinanzierte Renten) und im Verhalten der Menschen (z.B. im Gesundheitsverhalten) soll die Sozialversicherungen entlasten und zugleich die Autonomie der Menschen stärken.

Manche dieser Lösungswege werden zusätzliche Belastungen der Menschen darstellen. Andere dagegen werden keine Zumutungen für die Menschen sein, sondern eher Verbesserungen der heutigen Zustände mit sich bringen.

Bei alledem ist zu bedenken, dass in großen Teilen der „dritten“ Welt nicht Bevölkerungsschrumpfung und Alterung, sondern im Gegenteil Bevölkerungsexplosion und die Fülle junger Menschen Probleme schafft. Stärker noch als im Westeuropa des 19. Jahrhunderts suchen dort junge Menschen nach Arbeitsplätzen, zum Teil auch in fernen Ländern.

Allerdings ist das Ende dieser Situation absehbar. Die Geburtenziffern gehen auch in den meisten Entwicklungsländern zurück. Die Vereinten Nationen rechnen derzeit damit, dass ab 2050 die durchschnittliche Geburtenziffer in den Entwicklungsländern zur Bestandserhaltung nicht mehr ausreicht. Spätestens eine Generation danach wird die Weltbevölkerung schrumpfen. Diese Prognosen werden immer wieder zeitlich nach vorne korrigiert.

3. Familien, Haushalte, Lebensphasen

3.1 Begriffe und die idealtypische Modernisierung

In der Soziologie wird unter einer Familie meist eine Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft verstanden, in der Erwachsene Kinder sozialisieren (Schäfers 2004: 114). Dabei ist es einerlei, ob es sich bei den Erwachsenen um Paare, um Alleinerziehende oder um mehr als zwei Erziehende handelt, ob sie verheiratet sind oder nicht, ob die Kinder ehelich oder nichtehelich, leiblich, in Pflege genommen oder adoptiert sind. Dieser soziologische Familienbegriff ist zu unterscheiden vom juristischen (wo auch getrennt lebende Verwandte zur Familie zählen) oder vom statistischen (wo oft auch kinderlose Ehepaare als „Familie“ gelten).

Haushalt Als Haushalt zählt jede Lebensgemeinschaft, in der gemeinsam gewirtschaftet wird. Jede Familie stellt demnach einen Haushalt dar, aber nicht jeder Haushalt eine Familie.

Der Modernisierungstheorie zufolge ergibt sich im Verlauf der gesellschaftlichen Modernisierung eine ständige Verkleinerung von Haushalten und Familien sowie modellhaft eine Abfolge folgender Haushaltstypen:

In *traditionalen Agrargesellschaften* dominiert das „ganze Haus“. Nicht nur Familienangehörige und Verwandte, sondern auch Knechte und Mägde bzw. Gesellen und Gesinde lebten gemeinsam unter einem Dach.

In *Industriegesellschaften* herrscht eine Familie vor, in der Eltern verheiratet sind und als Zwei-Generationen-Familie mit wenigen Kindern zusammenleben. Diese „bürgerliche Familie“ stellt die normale Lebensform dar, die von fast allen Gesellschaftsmitgliedern gelebt und von allen erwartet wird.

Für *postindustrielle Dienstleistungsgesellschaften* gilt als charakteristisch, dass neben dieser Kern- und Kleinfamilie immer öfter auch andere Lebensformen gewählt werden.

3.2 Haushaltsgrößen

Wie in der Theorie erwartet, leben in den einzelnen Haushalten der EU tatsächlich immer weniger Menschen zusammen. Dies hat große Auswirkungen unter anderem für die Zahl der benötigten Wohnungen, für sozialpolitische Fragen und für das Lebensgefühl der Menschen. Im Jahre 2005 bestand ein Haushalt in Schweden nur noch aus 2,0 Personen, in Deutschland aus 2,1 und in Dänemark, Finnland und der Schweiz aus 2,2 Menschen. Der Trend zur Verkleinerung von Haushalten ist ungebrochen. Noch im Jahr 1990 bestand der deutsche Durchschnittshaushalt aus 2,3 Menschen. Die größten Durchschnittshaushalte in der EU sind so viel größer auch nicht: In Rumänien leben 3,0, in Irland 2,9, in Polen und in Portugal durchschnittlich 2,8 Personen in einem Haushalt (Statistisches Bundesamt 2006d: 239). Wer noch wirklich große Haushalte sehen möchte, muss z.B. nach Pakistan reisen. Dort leben im Durchschnitt noch 6,8 Menschen zusammen.

Trend zur
Verkleinerung von
Haushalten

Die Gesamtheit der Haushalte zerfällt in unterschiedliche Typen. In Deutschland lebten 2005 in den einzelnen Haushaltstypen etwa die folgenden Anzahlen von Menschen (berechnet bzw. geschätzt nach: Statistisches Bundesamt 2006d):

Familienhaushalte	(43 Millionen Menschen)
– Zwei-Eltern-Familien	(ca. 36 Millionen)
– verheiratete Eltern mit Kindern	(ca. 33 Millionen)
– nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern	(ca. 2,5 Millionen)
– allein Erziehende mit Kindern	(ca. 7 Millionen)
kinderlose Haushalte	(39 Millionen):
– kinderlose Paare	(22,7 Millionen)
– verheiratete Paare	(ca. 21 Millionen)
– nichteheliche Lebensgemeinschaften	(ca. 3,6 Millionen)
– allein Stehende	(15,7 Millionen)
– allein Lebende in Einpersonenhaushalten	(14,2 Millionen)
– allein Stehende, die mit anderen zusammenleben	(1,5 Millionen Menschen)

3.3 Ehe und Familie

In der Öffentlichkeit ist die Meinung verbreitet, Familienangehörige stellten mittlerweile eine Minderheit in der Bevölkerung dar. Betrachtet man jedoch näher, in welchen Haushalten die Menschen leben, so stellt sich heraus, dass die „Familien-Menschen“ immer noch vorherrschen, wenn auch mit abnehmender Tendenz. Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands lebte im Jahr

Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands lebte im Jahr 2005 in einer Familie.

2005 in einer Familie. Ein Viertel der Bevölkerung waren Kinder, ein gutes Viertel Eltern, die mit Kindern zusammenlebten (Statistisches Bundesamt 2006d: 27).

Die verheirateten Elternpaare, die mit ihren Kindern zusammenleben, machen zwar einen immer geringeren Bevölkerungsanteil Deutschlands aus. Nach wie vor leben in dieser Lebensform aber mehr Menschen als in jeder anderen. Diese immer noch bestehende Vorherrschaft hat weitreichende Wurzeln. Ehe und Familie zählen zu den ältesten Institutionen der Menschheit. Insbesondere die europäischen Kulturen haben in der christlich-jüdischen Tradition ein Ideal strikter Monogamie und der Familiengründung auf Grundlage der Ehe entwickelt, das sich in den letzten 200 Jahren in Form der staatlich organisierten Heirat und der darauf gegründeten Familie in ganz Europa als Norm durchsetzte. Hatte noch im 18. Jahrhundert in weiten Teilen Europas nur ein Teil der Menschen das Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen, so waren Ehe und Familie nach dem Zweiten Weltkrieg fast zur Pflicht geworden.

Von den 1950er bis Mitte der 1960er Jahre waren in Deutschland denn auch über 95 Prozent der einschlägigen Altersjahrgänge verheiratet. Und fast 90 Prozent davon hatten Kinder (Höhn et al. 1990: 169). Ehe und Familie waren hierzulande sowie in Süd- und Westeuropa die „Normal-Lebensform“. In Nordeuropa waren die Heiratsquoten zwar etwas geringer, aber doch bedeutend höher als heute.

Allerdings erwies sich dieser „Normalzustand“ bald als historisch vorübergehend. Die Heiratsneigung ist seither beträchtlich zurückgegangen. Nach Schätzungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung wird in Westdeutschland voraussichtlich fast jede(r) Dritte ledig bleiben (Peuckert 2007: 40), darunter besonders viele hochqualifizierte Frauen und Männer. In diesem Abstieg von Ehe und Familie gibt es in der EU zwar nationale Vorläufer (wie Schweden) und Nachzügler (wie die Mittelmeerländer), aber kaum nationale Sonderwege – sieht man von den osteuropäischen Ländern ab, wo das Heiraten nach wie vor hoch im Kurs steht.

Wenn überhaupt, dann wird immer später geheiratet.

Wenn überhaupt, dann wird immer später geheiratet. In Deutschland sind Frauen heute bei ihrer Erstheirat im Durchschnitt fast 30 und Männer fast 33 Jahre alt. Damit hat sich das Heiratsalter seit der Nachkriegszeit um etwa 8 Jahre erhöht. Die Gründe hierfür sind klar: Ausbildungsende und Berufseinstieg erfolgen immer später, die meisten Paare leben vor der Ehe unverheiratet zusammen, Kinder – oft Anlass der Eheschließung – kommen immer später zur Welt (Peuckert 2007: 41). Die Eheschließung wird aber auch in allen anderen EU-Ländern immer weiter hinausgeschoben. Deutschland liegt hierbei im Mittelfeld hinter den skandinavischen, vor den Mittelmeer- und noch mehr vor den osteuropäischen Ländern (Eurostat 2006: 120).

Die Erosion der Ehe zeigt sich auch darin, dass Scheidungen mittlerweile als „normal“ angesehen werden. Das Fundament einer Ehe sollte in modernen Gesellschaften ausschließlich aus gegenseitiger Zuneigung bestehen – und nicht länger aus wirtschaftlichen Nutzenerwägungen oder erwartetem Arbeitseinsatz. Ist dieses Fundament nicht länger gegeben, dann gilt eine Ehelösung nicht nur als legitim, sondern sogar als geboten. Dies zeigt sich in der sinkenden Stabilität

von Ehen: Würde die Scheidungshäufigkeit des Jahres 2004 fortbestehen, so würden in 25 Jahren volle 42,5 Prozent aller heute in Deutschland bestehenden Ehen geschieden sein (Peuckert 2007: 43). Auch in dieser Hinsicht befindet sich Deutschland im Mittelfeld der EU-Länder. In Belgien, Schweden und Finnland ist diese „Scheidungsnummer“ deutlich höher. In Slowenien, Polen, Griechenland, Spanien und Italien ist sie (noch?) weitaus geringer. In Malta sind Scheidungen nicht legal (Eurostat 2007: 71).

Scheidungen häufen sich zum einen in der Phase, in der die Ehe zur Familie wird. Die damit verbundenen Belastungen führen zum Bruch vieler Ehen. Zum anderen erfolgen Scheidungen typischerweise dann, wenn die Kinder aus dem Haus sind. Wie sehr die Ehe an Anziehungskraft verloren hat, kann man auch daran erkennen, dass immer weniger Menschen nach einer Scheidung erneut heiraten. Nur noch die Hälfte versucht es heute noch einmal. 1975 waren es noch zwei Drittel (Peuckert 2007: 41).

Kinder kommen immer später zur Welt. In Deutschland und in der gesamten EU waren die Mütter im Jahr 2003 schon gut 29 Jahre alt, als sie ihr erstes Kind bekamen. Kinder kommen aber auch immer häufiger außerhalb von Ehen zur Welt. Fast ein Drittel der Kinder in der EU, aber erst ein gutes Viertel der Kinder in Deutschland wurden 2004 nichtehelich geboren. Während in Griechenland der anhaltende Einfluss der orthodoxen Kirche dafür sorgt, dass dort nicht einmal jedes 20. Kind außerhalb einer Ehe geboren wird, und der Einfluss der katholischen Kirche nichteheliche Geburten in den Mittelmeerländern nach wie vor in Grenzen hält, erfolgen schon zwei Drittel aller Geburten in Island und die Hälfte aller Geburten in Norwegen, Bulgarien, Schweden, Slowenien, Frankreich, Lettland und Dänemark außerhalb von Ehen.

Kinder kommen immer später zur Welt.

3.4 Allein Erziehende

Allein erziehende Mütter und Väter gehören zunehmend zum Alltag. Im Jahr 2005 gab es schon 2,6 Millionen allein erziehende Elternteile in Deutschland. Das waren volle 15 Prozent mehr als neun Jahre zuvor. Zu 87 Prozent waren die allein Erziehenden Mütter (Statistisches Bundesamt 2006d: 35). Mittlerweile lebt etwa jedes fünfte Kind in Deutschland in der Familie einer/s allein Erziehenden. Mit der wachsenden Zahl der Familien allein Erziehender sind auch die Vorurteile gegen diese Familienform zurückgegangen.

Auch in den übrigen EU-Ländern nimmt die Zahl allein Erziehender zu, allerdings mit durchaus unterschiedlicher Geschwindigkeit. So machten Haushalte von allein Erziehenden 2001 in Schweden schon 22 Prozent und im Vereinigten Königreich schon 17 Prozent aller Haushalte mit unterhaltsberechtigten Kindern aus. In Italien, Portugal und Griechenland stellten allein Erziehende nur vier Prozent, in Spanien nur drei Prozent aller Haushalte mit Kindern (Lehmann/Wirtz: 2004).

Weil Scheidungen und nichteheliche Geburten zunehmen, steigen auch die Anteile der allein Erziehenden, die nach einer Scheidung ihre Kinder allein erziehen oder von vornherein nicht heirateten. Seltener geworden ist dagegen, dass Verwitwung ins allein Erziehen führt.

Die Lebenslage vieler
allein Erziehender in
Deutschland ist
nicht günstig.

Die Lebenslage vieler allein Erziehender in Deutschland ist nicht günstig. Allein Erziehende haben in der Regel eine niedrigere berufliche Ausbildung als verheiratete Mütter, sind überdurchschnittlich häufig arbeitslos, verdienen ein Drittel weniger als der Durchschnitt aller Haushalte und die Hälfte weniger als Zwei-Elternfamilien (Äquivalenzeinkommen²). Es erstaunt daher nicht, dass in Deutschland mehr als 20 Prozent aller allein Erziehenden, jedoch nur ca. drei Prozent der Bevölkerung, mit Sozialhilfeleistungen auskommen müssen.

Das ist nicht in allen EU-Ländern der Fall. Die wirtschaftliche Lage von allein Erziehenden ist in den einzelnen EU-Ländern sehr unterschiedlich. Das hängt unter anderem von den Erwerbschancen und damit von den Möglichkeiten der Kinderbetreuung und der vorherrschenden Qualifikation der allein Erziehenden ab. In Luxemburg (94 Prozent) und in Österreich (86 Prozent) waren 2001 fast alle, in Deutschland gut zwei Drittel, im Vereinigten Königreich (62 Prozent) und in Belgien (64 Prozent) nicht einmal zwei Drittel aller allein Erziehenden erwerbstätig. In den Niederlanden, wo mehr als die Hälfte aller Frauen eine Teilzeittätigkeit ausübt, waren 2001 mehr als zwei Drittel aller allein Erziehenden in Teilzeit beschäftigt (Lehmann/Wirtz: 2004). Von den Erwerbschancen und den sozialstaatlichen Transferleistungen wird die Armutsgefährdung geprägt: 2005 verdienten 37 Prozent aller britischen, 36 Prozent aller belgischen, 30 Prozent aller deutschen, aber nur 27 Prozent aller österreichischen und gar nur 18 Prozent aller schwedischen allein Erziehenden weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens (medianes nationales Äquivalenzeinkommen; Eurostat 2007).

3.5 Nichteheliche Lebensgemeinschaften

Mag die Ehe an Attraktivität verlieren, das Zusammenleben als Paar sicher nicht. Im Gegenteil: Es ist geradezu zur Norm geworden, dass junge Paare vor der Eheschließung erst eine Zeit lang „auf Probe“ zusammenleben. Das schließt ein längeres Zusammenleben ohne Trauschein anstatt einer Ehe, zwischen Ehen oder nach einer Ehe auch in höherem Alter nicht aus. Unter den 30-Jährigen fanden sich 2002 in Hamburg 29 Prozent, unter den 45-Jährigen 16 Prozent und unter den 60-Jährigen immerhin noch zehn Prozent, die in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebten (Peuckert 2007: 44).

Im Jahr 2004 gab es in Deutschland rund 2,4 Millionen nichteheliche Lebensgemeinschaften, ein Drittel mehr als 1996 (Statistisches Bundesamt 2006e: 35f.). Das waren 6,1 Prozent aller Haushalte. Darin lebten gut sechs Millionen Menschen.

Vor allem in Skandinavien sind nichteheliche Lebensgemeinschaften weit verbreitet und dauern oft auch sehr lange. Dagegen sind sie in Griechenland, Spanien, Irland, Portugal und Polen kurzlebiger und insgesamt deutlich seltener. Dies hat religiöse und wirtschaftliche Gründe. Ohne Beruf und Wohnung sind viele Jüngere gezwungen, bei ihren Eltern zu leben.

3.6 Singles und allein Lebende

Der Begriff „Single“ wird nicht eindeutig verwendet. Unter Singles werden zum einen allein wohnende Menschen im mittleren Lebensalter verstanden, einerlei ob sie einen Partner haben oder nicht. Zum andern gelten diejenigen als „Singles“, die im mittleren Lebensalter keine(n) Partner(in) haben, sei es, dass sie allein wohnen oder zusammen mit anderen (z.B. in einer Wohngemeinschaft). Ältere und sehr junge allein lebende bzw. partnerlose Menschen bezeichnet man üblicherweise nicht als Singles. Der Begriff konzentriert sich auf die Menschen im mittleren, im „besten Familien-Lebensalter“.

Immer mehr Menschen leben als Singles: Von den 30-Jährigen lebten 2002 in Hamburg schon 29 Prozent partnerlos. Zusätzlich lebten 26 Prozent im gleichen Alter getrennt vom jeweiligen Partner. Dadurch wird deutlich, wie viele Großstadteinwohner mittlerweile Singles sind. Es irrt, wer meint, das Singledasein sei vor allem unter den Jüngeren verbreitet: Unter den 45-Jährigen lebten 2002 in Hamburg 19 Prozent ohne Partner und weitere 26 Prozent getrennt vom Partner (Peuckert 2007: 44). Die Zahl der partnerlos Lebenden (jeden Alters) wuchs in Deutschland seit 1996 um elf Prozent.

2005 waren 37,5 Prozent aller Haushalte Deutschlands Einpersonenhaushalte. Darin lebten 17,4 Prozent der Menschen (Lehmann/Wirtz: 2004). Weniger als die Hälfte hiervon, ca. acht Prozent, befanden sich im mittleren Lebensalter zwischen 25 und 55 Jahren. Etwa ein Drittel hiervon hatte einen Partner, lebte aber von ihm getrennt, so dass knapp sechs Prozent der Bevölkerung Deutschlands Singles in dem Sinne waren, dass sie im mittleren Lebensalter ohne Partner allein lebten (vgl. Hradil 2003).

Die Zahl der allein Stehenden und der allein Lebenden im mittleren Lebensalter wächst auch in den anderen Ländern der EU. Auffällig ist jedoch, dass die Tendenz zum immer häufigeren partnerlosen und/oder allein Leben in den skandinavischen Ländern erheblich weiter fortgeschritten ist als in Südeuropa. So lebten 2001 42 Prozent aller Schwed(inn)en und 40 Prozent aller Finn(inn)en jeden Alters alleine. Aber nur zwölf Prozent aller Menschen in Portugal und 17 Prozent in Spanien wohnten in Einpersonenhaushalten (Lehmann/Wirtz 2004).

Anders als um viele allein Erziehende muss man sich um die allein Lebenden mittleren Alters in der Regel keine wirtschaftlichen Sorgen machen. Unter ihnen finden sich besonders häufig beruflich erfolgreiche und beruflich besonders aktive Personen.

Anmerkungen

- 1 Aufbau und Grundgedanken dieses Aufsatzes sind dem Buch: „Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich“ (Hradil 2006) entnommen. Alle empirischen Befunde in diesem Beitrag sind aktualisiert.
- 1 Unter dem Äquivalenzeinkommen versteht man ein nach der Zahl der Haushaltsmitglieder und ihrem Alter bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Haushaltseinkommen.

Literatur

- Erikson, Robert/Goldthorpe, John H. H., 1992: *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*. Oxford.
- Eurostat, 2006: *Bevölkerungsstatistik 2006*. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Luxemburg.
- Eurostat, 2007: *Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2006-2007*. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Luxemburg.
- Eurostat Online Datenbank, in: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,45323734&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=welcomeref&close=/agric&language=de&product=EU_MAIN_TREE&root=EU_MAIN_TREE&scrollto=0; 20.11.2007.
- Höhn, Charlotte/Mammey, Ulrich/Wendt, Hartmut, 1990: Bericht 1990 zur demographischen Lage, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 16, 135-205.
- Hradil, Stefan, 1987: *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft*. Opladen.
- Hradil, Stefan, 2001: *Soziale Ungleichheit in Deutschland*. Opladen.
- Hradil, Stefan, 2003: Vom Leitbild zum „Leidbild“ – Singles, ihre veränderte Wahrnehmung und der „Wandel des Wertewandels“, in: *Zeitschrift für Familienforschung* 15, 38-54.
- Hradil, Stefan 2006: *Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich*. Wiesbaden.
- Immerfall, Stefan, 1994: *Einführung in den europäischen Gesellschaftsvergleich*. Passau.
- Kaelble, Hartmut, 2007: *Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart*. München.
- Konsortium Bildungsberichterstattung, 2006: *Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*. Bielefeld.
- Kröhnert, Stefan/Klingholz, Reiner, 2005: Emanzipation oder Kindergeld? Der europäische Vergleich lehrt, was man für höhere Geburtenraten tun kann, in: *Sozialer Fortschritt* 54, 280-290.
- Lehmann, Petra/Wirtz, Christine, 2004: Haushaltszusammensetzung in der EU – Alleinerziehende, in: Eurostat (Hrsg.), *Statistik kurz gefasst 5/2004*, http://www.eds-destatis.de/de/downloads/sif/nk_04_05.pdf; 09.10.2007.
- OECD, 2004: *Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003*. Paris.
- OECD, 2006: *Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren 2006*. Paris.
- OECD, 2007: *Gesellschaft auf einen Blick. OECD-Sozialindikatoren 2006*. Paris.
- Peuckert, Rüdiger, 2007: Die Ehe – ein Auslaufmodell?, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 1/2007, 39-49.
- Schäfers, Bernhard, 2004: *Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland*. Stuttgart.
- Schelsky, Helmut, 1960: *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*. Stuttgart.
- Spencer, Herbert, 1877: *Die Prinzipien der Sociologie*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2006a: *Statistisches Jahrbuch 2006 für das Ausland*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2006b: *Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2006c: *Im Blickpunkt: Deutschland in der EU 2006*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2006d: *Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit. Ergebnisse des Mikrozensus 2005*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2006e: *Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn.
- Zapf, Wolfgang, 1996: Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, in: *Leviathan* 24, 63-77.